

KONZENTRATION, ÖFFNUNG, SPITZENPOSITION

Präsident Macron will die französischen Hochschulen international an nach vorne bringen. Im Wahlkampf spielt das jedoch kaum eine Rolle. Das könnte daran liegen, dass es der Konkurrenz an Konzepten mangelt

GASTBEITRAG: CHRISTIAN THIMME

In seiner viel beachteten europapolitischen Sorbonne-Rede zu Beginn seiner Amtszeit formulierte Emmanuel Macron Vorschläge für die Europäisierung der Hochschulen und gab dabei ehrgeizige Ziele vor: Bis 2024 sollten alle Studierenden mindestens zwei europäische Sprachen sprechen und die Hälfte der Altersgruppe bis zum 25. Lebensjahr sollte mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land verbracht haben, seien es Studierende oder Auszubildende. Konkret wollte er bis 2024 mindestens 20 europäische Netzwerkuniversitäten schaffen, in denen alle Studierenden obligatorisch Auslandsaufenthalte absolvieren und Seminare in mindestens zwei Sprachen belegen. Immerhin wurde die Idee aufgegriffen und die europäischen Netzwerkuniversitäten dann bekanntermaßen aus Mitteln der Europäischen Union finanziert. Zwar sind an dem Programm etwa 30 französische Hochschulen beteiligt, allein für die Umsetzung der genannten Ziele wird es vermutlich noch etliche Jahrzehnte brauchen, da sich auch die kühnen Pläne eines Präsidenten nicht per Knopfdruck durchsetzen lassen.

Positiv wurde in der hochschulpolitischen Szene wahrgenommen, dass Macron die Universitätspräsidentin Frédérique Vidal als Ministerin berief, nachdem das Ressort viele Jahre von Berufspolitikern geleitet wurde. Das Ministerium forcierte unter ihrer Leitung den Konzentrationsprozess der französischen Universitäten. Über die französische Exzellenzinitiative „IDEX“ wird der Zusammenschluss regionaler Universitäten, Hochschulen und Institute zu Volluniversitäten umgesetzt. Chancen auf die zusätzlichen Fördermittel, die mit dem be-

gehrten IDEX-Label verbunden sind, haben nur Hochschulverbünde, die es schaffen, sich mit zum Teil sehr unterschiedlichen Institutionen unter einem Dach zu vereinigen. Nachdem bereits 2016 den Universitäten Aix/Marseille, Sorbonne Université und Bordeaux dauerhaft das Exzellenzsiegel verliehen wurde, verlieh Vidal in ihrer Amtszeit sechs weiteren Universitäten den Exzellenzstatus, darunter die Pariser Universitäten Paris Sciences et Lettres (PSL) und die technisch orientierte Universität Paris-Saclay (UPS). PSL umfasst so unterschiedliche Institutionen wie die Universität Paris Dauphine, die École normale supérieure (ENS), das Collège de France oder medizinische Forschungsinstitute wie das Institut Curie und das INSERM.

Auch auf internationaler Bühne zeitigt diese Strategie große Erfolge: Im Shanghai-Ranking sind nun sieben französische Universitäten unter den 150 weltweit besten vertreten. Die Universität Paris-Saclay rückte 2021 sogar auf Platz 13 vor und positioniert sich weit vor den besten deutschen Universitäten.

WILLKOMMENSKULTUR AN HOCHSCHULEN

Bemerkenswert sind zudem die Anstrengungen zur Internationalisierung der Hochschulen: Ende 2018 beschloss die Regierung eine neue Internationalisierungsstrategie für die Hochschulen, mit der die Zahl der ausländischen Studierenden innerhalb von zehn Jahren von damals etwa 324 000 auf 500 000 erhöht werden sollte. Die Strategie „Bienvenue en France“ beruht im Wesentlichen auf zwei Pfeilern: Die Re-



Foto: Julien Mattia/Le Pictorium/picture alliance

Frédérique Vidal: Die ehemalige Präsidentin der Universität Nizza Sophia-Antipolis wurde von Macron als Forschungsministerin berufen

gierung hat die Aufnahmebedingungen durch Visaerleichterungen verbessert und zusätzliche Aufenthaltstitel für die Arbeitssuche nach dem Studium geschaffen. Diese Anstrengungen wurden auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie fortgesetzt. Außerdem führte das Ministerium ein Label für gute Betreuung von ausländischen Studierenden ein und unterstützt es durch die Auslobung von Modellprojekten. Das neue Label ist erfolgreich: 134 Hochschulen haben es inzwischen erhalten und damit die Standards für Betreuung von Studierenden und Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern erhöht.

Gleichzeitig werden nun Studiengebühren für grundständige Studierende erhoben, die nicht aus der EU kommen. Die Ankündigung der Einführung dieser Gebühren führte sofort zu heftigen Protestaktionen von Studierenden, auch die Hälfte der Universitätspräsidenten lehnte die Einführung dieser Gebühren entschieden ab. Im Juli 2020 bestätigte schließlich der Conseil d'État, dass die Studiengebühren verfassungskonform sind. Die jährlichen Gebühren betragen nun rund 2800 Euro für Bachelorstudierende und rund 3800 Euro für Masterstudierende und decken knapp ein Drittel der Durchschnittskosten eines Studienplatzes ab.

DAS ENDE DER ENA – ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN

Großes Aufsehen erregte die Ankündigung Macrons, die prestigeträchtige Verwaltungshochschule ENA aufzulösen. Die ENA bildet die Spitzen der französischen Verwaltung aus, zu-

gleich ist das Bild der ENA in der Öffentlichkeit zwiegespalten: Einerseits wird die Hochschule von vielen bewundert, weil sie nur die besten Abgänger der Universitäten und Elitehochschulen aufnimmt, andererseits sind die „Enarchen“, wie die Absolventen der Hochschulen genannt werden, oftmals als Vertreterinnen und Vertreter einer technokratischen und elitären Politikerklasse verschrien. Diese Bürgerferne wurde insbesondere von der Bewegung der sogenannten Gelbwesten (gilets jaunes) kritisiert. Jährlich werden von rund 3000 Bewerberinnen und Bewerbern nur etwa 120 nach einem strengen Auswahlverfahren (concours) zugelassen. Die Absolventen erhalten abhängig vom „Classement“ ihres Jahrgangs lukrative Stellen im Conseil d'État, im Rechnungshof oder in verschiedenen Ministerien. Für die Besten ist ein Aufstieg in höchste Staatsämter vorgezeichnet. Die Präsidenten Jacques Chirac, François Hollande und Emmanuel Macron und viele Premierminister und Regierungsmitglieder waren und sind Absolventen dieser Hochschule.

Die Regierung Macron will den Zugang zum höheren Beamtentum reformieren und mehr Chancengerechtigkeit und Diversität ermöglichen. Am 1. Januar 2022 wurde die ENA in ein neues „Institut National du Service Public“ (INSP) umgewandelt. Der Zugang zu dieser Elitehochschule wird erleichtert und die Absolventen werden nicht mehr sofort und automatisch in Spitzenpositionen der großen staatlichen Körperschaften aufsteigen können, sondern müssen zunächst Praxiserfahrung sammeln und sich dann auf die freien Positionen bewerben. Durch „Talentklassen“ soll der



Sitzung der französischen Nationalversammlung im Palais Bourbon

Zugang zudem sozial durchlässiger werden. Kritiker der Reform heben hervor, dass es für diese Veränderungen, die tiefgreifend, aber nicht revolutionär sind, keiner Auflösung der weltweit bekannten Institution bedurft hätte. Vorbei ist nun die Zeit, in der man mit Ehrfurcht oder Abscheu die Macht der Enarchen beschwor, die ja auch sprachlich nur einen winzigen Schritt von den Monarchen entfernt schienen.

FRANKREICH VOR DER WAHL

Die meisten Programme der Präsidentschaftskandidaten und -kandidatinnen geben in Bezug auf die künftige Hochschulpolitik wenig Auskunft. Bei den Linkspopulisten (La France Insoumise), den Grünen und den Sozialisten wird vor allem die 2017 eingeführte Plattform „Parcoursup“, über die alle Bewerbungen gesteuert werden, kritisiert und eine Zulassung ohne Auswahlkriterien beziehungsweise eine Studienplatzgarantie für alle Studienbewerberinnen und -bewerber gefordert. Zudem fordern alle drei Parteien deutlich mehr Studienplätze im Fach Medizin. Programmatistische Ideen für die Hochschul- oder Forschungspolitik lassen sich nicht finden. Bei den bisher aussichtsreichen Gegnerinnen Macrons für die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen, Valérie Pécresse von den konservativen Republikanern und Marine Le Pen vom rechtsextremen Rassemblement National herrscht in Bezug auf die Hochschulpolitik große Leere: Bei Pécresse erstaunt dies umso mehr, da sie selbst früher Hochschulministerin war und als Bildungsexpertin gilt. Einzig in den Programmen des zweiten rechtsextremen Kandidaten Éric Zemmour sowie beim derzeitigen Präsidenten Emmanuel Macron finden sich ausformulierte Pläne für den Wissenschafts- und Hochschulbereich. Zemmour, der noch extremere Positionen vertritt als Le Pen und jeglichen Zuzug von Ausländern stoppen will, möchte auch die Zahl von ausländischen Studierenden auf ein Minimum von wenigen Tausend begrenzen und sie nur in Fächern zulassen, die nützlich für Frankreich sind. Gleichzeitig will er die Einschreibgebühren deutlich erhöhen und vor allem im Bereich der Ingenieurwissenschaften mehr Studi-

enplätze schaffen. Zemmour verspricht im Falle seiner Wahl, die Forschungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Mit Sonderprogrammen will er insbesondere die europäische Raumfahrt sowie die Forschung im Bereich künstliche Intelligenz fördern.

Die präziseiten Vorstellungen formuliert Amtsinhaber Emmanuel Macron, der in der Forschungsförderung klare Prioritäten setzt: Er will Frankreich als führenden Forschungsstandort für Klimaforschung und ökologischen Wandel positionieren. Den Universitäten verspricht er mehr Autonomie hinsichtlich des Angebots ihrer Studiengänge und der Rekrutierung von Hochschullehrerinnen und -lehrern. Gleichzeitig will er den Aufbau dualer Studienangebote massiv fördern. Auch das Budget von Hochschulen und Forschungseinrichtungen soll deutlich erhöht werden. Gleichzeitig will Macron die Studienbedingungen verbessern und mehr als 100 000 Wohnheimplätze schaffen sowie die Zahl der Stipendien erhöhen. //

DR. CHRISTIAN THIMME



Foto: privat

leitet seit 2017 die Außenstelle Paris des Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Davor war er für den Bereich „Grundsatzfragen, Projekte und Internationalisierung der deutschen Hochschulen“ zuständig.
thimme@daad.de